

Muster für eine Kündigungsschutzklage

Arbeitsgericht [Stadt ergänzen]
[Adresse Arbeitsgericht]

K L A G E

des Herrn/der Frau [Name Kläger], wohnhaft in [Adresse Kläger],

Kläger/in,

g e g e n

[Name, Adresse Arbeitgeber],

Beklagte,

w e g e n fristloser Kündigung.

Ich beantrage,

1. festzustellen, dass das zwischen den Streitparteien bestehende Arbeitsverhältnis nicht durch die fristlose Kündigung der/des Beklagten, eingereicht am [Datum fristlose Kündigung] und beim Kläger eingegangen am [Datum Erhalt fristlose Kündigung], außer Kraft gesetzt worden ist.
2. zu ermitteln, dass das gegebene Arbeitsverhältnis außerdem nicht durch andere Beendigungstatbestände endet, sondern fortbesteht – zu unveränderten Arbeitsbedingungen.

Begründung:

Der Kläger/Die Klägerin ist seit dem [Einstellungsdatum] bei dem/der Beklagten, ein Betrieb für [hier das Unternehmen kurz näher beschreiben], als [genaue Stellenbezeichnung], gegen einen Lohn von monatlich [Gehalt, am Arbeitsort [Ort der Arbeit]] beschäftigt.

Beweis: Arbeitsvertrag vom [Datum Beginn Arbeitsvertrag] (Anlage 1)

Der Kläger/Die Klägerin, geboren am [Geburtsdatum], ist [ledig/verheiratet/hat Kinder...].

Das betroffene Unternehmen beschäftigt regelmäßig mehr als zehn Arbeitnehmer.

Der Beklagte/Die Beklagten hat/haben das Arbeitsverhältnis dem Kläger/der Klägerin zum [Kündigungsdatum] gekündigt (Schreiben vom [Datum Schreiben]). Der Kläger/Die Klägerin hat dies am [Datum Erhalt Kündigung] erhalten.

Beweis: Kündigungsschreiben vom [Datum Schreiben] (Anlage 2)

Dagegen richtet sich die vorliegende Kündigungsschutzklage.

Ein gerechtfertigter wichtiger Grund für die fristlose Kündigung nach § 1 KSchG ist nicht gegeben.

Auch die hilfsweise erklärte ordentliche Kündigung ist unwirksam, da kein Kündigungsgrund im Sinne von § 1 Abs. 2 KSchG gegeben ist.

Des Weiteren wird vorsorglich die Nichteinhaltung der Zwei-Wochenfrist des § 626 Abs. 2 BGB gerügt.

Es liegen keine dringenden Erfordernisse des Betriebs vor, die gegen eine Weiterbeschäftigung des Klägers/der Klägerin sprechen.

Eine Kündigung ist sozial nicht gerechtfertigt.

Die Beklagte/n wird/werden aufgefordert, die Gründe detailliert darzulegen, die zur Auswahl des Klägers/der Klägerin geführt haben.

Es wird begehrt, dass im Laufe des Verfahrens eventuell aufkommende weitere Beendigungstatbestände durch den/die Beklagten nicht zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses führen.

Beglaubigte und einfache Abschrift anbei.

[Name Kläger/ in]